



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. Dezember 1987
7. Jahrgang, S. 194–207
ISSN 0177–1868

12

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	194
Haftung des Steuerberaters	195
– Anlageberatung	
– Verjährung von Schadenersatzansprüchen	
(OLG Stuttgart Ur.t.v. 3. 2. 1987 – 10 U 29/86 rkr., 1. Instanz: LG Tübingen Ur.t.v. 20. 12. 1985 GI 1986, 35)	
Steuerberatungsvertrag im Bauherrenmodell	199
– Prüfung des Steuerkonzepts	
(OLG Düsseldorf Ur.t.v. 4. 6. 1987 – 18 U 247/86)	
GI-Hinweise	203

GI-Leitsätze

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Postausgangskontrolle

Der Rechtsanwalt muß sein Büro so organisieren, daß eine Ausgangskontrolle besteht, durch die das rechtzeitige Hinausgehen fristwahrender Schriftsätze zuverlässig gewährleistet wird.

(BGH Beschl. v. 25.3.1987 – IVb ZB 39/87, VersR 1987, 888)

Anmerkung:

Der BGH verweist nochmals nachdrücklich darauf hin, der Rechtsanwalt müsse sicherstellen, daß die im Kalender vermerkten Fristen erst gestrichen werden, wenn die fristwahrende Maßnahme durchgeführt, der Schriftsatz also gefertigt und abgesandt oder **zumindest** postfertig gemacht worden ist.

Pflicht zur Sachverhaltsermittlung Beweislast für Kausalität

- 1) Zur Beurteilung der etwa eingetretenen Verjährung eines Anspruchs muß der Rechtsanwalt unter Beachtung der Rechtsprechung den Sachverhalt durch Befragen des Mandanten und die Anforderung von Unterlagen ermitteln.
- 2) Die Schlechterfüllung der Beratungs- und Aufklärungspflicht durch den Rechtsanwalt ist für den entstandenen Schaden stets ursächlich, wenn der Rechtsanwalt nicht beweisen kann, daß sich ein Mandant auch bei entsprechender Beratung über jeden Rat und Hinweis hinweggesetzt hätte.

(OLG Bamberg Ur. v. 17.11.86 – 6 U 38/86, AnwBl. 1987 331)

Belehrungspflicht über Prozeßrisiken

Zu den Pflichten des Rechtsanwalts gehört es nicht nur, auf Risiken des Rechtsstreits hinzuweisen; er muß vielmehr von sich aus deutlich zum hohen Grad des Risikos und zur Wahrscheinlichkeit eines Prozeßverlustes Stellung nehmen und den Mandanten vor unnützen Prozeßkosten bewahren.

(OLG Hamm Ur. v. 2.10.86 – 28 U 45/86, AnwBl. 1987, 331)

Haftung des Steuerberaters

- Anlageberatung
- Verjährung von Schadenersatzansprüchen

(OLG Stuttgart Ur.t.v. 3. 2. 1987 – 10 U 29/86 rkr.,
I. Instanz: LG Tübingen Ur.t.v. 20. 12. 1985 GI 1986, 35)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Verjährungsbeginn: Ein Schadenersatzanspruch wegen fehlerhafter Anlageberatung entsteht, wenn dem Mandanten daraus ein Schaden entsteht, d. h., wenn der zu befürchtende Vermögensverlust oder dessen konkrete Gefahr tatsächlich eintritt.
2. Eine Anlageberatung kann dem Mandanten nicht das Risiko des Anlagegeschäfts abnehmen. Die Wertbeständigkeit einer Beteiligung an einer Handelsgesellschaft fällt in den Bereich des unternehmerischen Risikos des Anlegers.

Aus den Gründen:

Verjährung gem. § 68 StBerG

Auf eine Verjährung des Klageanspruchs kann der Beklagte sich freilich nicht berufen.

Der Beklagte hat noch im Jahre 1979 die steuerlichen Angelegenheiten der Klägerin entgeltlich bearbeitet, und im Rahmen dieser Tätigkeit hat er sie auch bei der Anlage ihres Geldes beraten, die dann in der Form des Erwerbs eines Kommanditanteils der B-W Grundstücksvermietungsgesellschaft & Co. erfolgte. Die Verjährung des auf diese Beratung gestützten Schadenersatzanspruchs richtet sich deshalb nach § 68 StBerG.

Die sich daraus ergebende 3jährige Verjährungsfrist kann im Zeitpunkt der Klageerhebung für den behaupteten Schadenersatzanspruch noch nicht abgelaufen gewesen sei. Wer im Rahmen eines entgeltlichen Vertragsverhältnisses einem anderen eine bestimmte Vermögensanlage empfiehlt, macht sich bereits dann schadenersatzpflichtig, wenn er schuldhaft negative Umstände, die für die Beurteilung der Zukunftsaussichten des Unternehmens von Bedeutung sind und die einen vernünftig handelnden Anleger von einer Beteiligung an dem Projekt abgehalten hätten, nicht bekannt gibt, obwohl er diese kennt oder doch kennen müßte (BGH GI 14/82 = WM 82, 743, 745). Ein Schadenersatzanspruch des Vertragspartners wird allerdings erst dann begründet,

wenn ihm aus der fehlerhaften Beratung ein Schaden entsteht, d. h., wenn der zu befürchtende Vermögensverlust oder dessen konkrete Gefahr tatsächlich eintritt. Dies hat nach dem insoweit unstreitigen Sachverhalt im Fall der Klägerin nicht vor der Einreichung der Klage am 11. 9. 1982 geschehen können. Vor diesem Zeitpunkt hätte sie nicht mit einiger Sicherheit auf Erfolg eine Feststellungsklage gegen den Beklagten erheben können (BGH a. a. O.).

Anlageberatung

Kein Streit besteht zwischen den Parteien darüber, daß der mit der vorliegenden Schadenersatzklage geltend gemachte Wertverlust der von der Klägerin erworbenen Beteiligungen an der B.-W.-Grundstücksvermietungsgesellschaft & Co. und der K & W e. G. sowie das Ausbleiben von Gewinnausschüttungen dieser Gesellschaften und das Fortbestehen der Zinsforderung der Kreissparkasse R. aus dem der Klägerin gewährten Darlehen auf ihre Anlageentscheidung im Frühjahr 1979 zurückzuführen sind. Für diesen Schaden eintreten muß der Beklagte aber nur dann, wenn die Klägerin im Zeitpunkt der Zeichnung des Fonds Nr. 6 von ihm nicht vertragsgerecht informiert worden war (BGH NJW 82, 1095, 1096). Da er es im Rahmen seiner allgemeinen steuerlichen Betreuung übernommen hatte, sie bei der Anlage des ihr infolge der Scheidung ihrer Ehe zugeflossenen Kapitals zu beraten, waren ihm durch diesen Geschäftsbesorgungsvertrag, dessen Hauptpflicht die Beratung gewesen ist, weitgehende Pflichten gegenüber der Klägerin als Kapitalanlegerin erwachsen (BGH VersR 82, 245). Die Klägerin ist daher zu Recht der Auffassung, daß er sie differenziert und fundiert zu beraten hatte und ihr alle diejenigen Informationen, die für ihren Entschluß zur Zeichnung des B.-W. Fonds Nr. 6 von wesentlicher Bedeutung waren oder sein konnten, wahrheitsgemäß und sorgfältig, insbesondere vollständig zu erteilen hatte.

Das Landgericht hat zutreffend festgestellt, daß der Beklagte dieser ihm obliegenden Beratungspflicht nachgekommen ist und sie nicht schuldhaft verletzt hat. Die Aufklärungspflicht dient dazu, dem Anlageinteressenten das Erkennen des wirklichen und ohnehin bestehenden Risikos zu ermöglichen. Nicht wird ihm dadurch das Risiko des Anlagegeschäfts abgenommen, das sich im Fall der Klägerin verwirklicht hat. Der bei ihr eingetretene Schaden beruht nicht auf einem vom Beklagten zu vertretenden Fehler seiner Beratung. Bei Zugrundelegung der Informationen, die in Erfüllung der Pflicht zu einer differenzierten und fundierten Beratung beschafft werden mußten, kann nicht festgestellt werden, daß im damaligen Zeitpunkt mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ein wirtschaftlicher

Zusammenbruch der B.-W.-Grundstücksvermietungsgesellschaft & Co. oder zumindest der gänzliche oder teilweise Verlust des bei ihr eingeleigten Kapitals zu befürchten gewesen ist.

Das Ausbleiben der Wertbeständigkeit der von der Klägerin gewählten Anlage kann dem Beklagten nicht angelastet werden. Die Wertbeständigkeit einer Beteiligung an einer Handelsgesellschaft fällt in den Bereich des **unternehmerischen Risikos** eines jeden Anlegers, das er wegen der mit der Beteiligung verbundenen wirtschaftlichen Gewinnchancen und zum Zwecke der Erreichung von Steuervorteilen auf sich nimmt. Für die Klägerin ist es ohne weiteres erkennbar gewesen, daß sie sich im Bereich der gerade nicht mündelsicheren, sondern steuergünstigen Vermögensanlage bewegt (BGH NJW 82, 1095, 1097), für die auch das Fehlen einer Rücknahmeverpflichtung charakteristisch ist. Nicht den Tatsachen entspricht der Vorwurf der Klägerin, der Beklagte habe sie nicht darüber aufgeklärt, daß sie keinen Grundbesitz erwerbe, denn sie hat selber vorgetragen, daß der Gedanke des Erwerbs von Grundbesitz bei der Beratung wegen ihres zu geringen Kapitals verworfen worden sei.

Die Ausführungen der Berufung über ein Fehlen der Rentabilität der vom Beklagten empfohlenen Kapitalanlage vermögen seine Haftung ebenfalls nicht zu begründen. Die Klägerin irrt, wenn sie vorträgt, es habe keinen Generalmieter für das Bürogebäude der B.-W.-Grundstücksvermietungsgesellschaft & Co. gegeben. Der Beklagte hat nicht voraussehen können, daß die Hauptmieterin das Mietverhältnis nach dem Auslaufen des langfristig abgeschlossenen Mietvertrages nicht fortsetzen wird. Diese Tatsache gehört ebenso zum **unternehmerischen Risiko** der Kapitalanlage der Klägerin wie diejenige, daß keine neuen Mieter gefunden werden können. Beide beruhen auf der im Jahre 1979 nicht voraussehbar gewesenen allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Die sich hieraus ergebende Notwendigkeit einer kostspieligen Sanierung des Gebäudes fällt damit ebenfalls in den Bereich des von der Klägerin übernommenen unternehmerischen Risikos.

Die von der Berufung dem Beklagten angelastete Haftung der Anleger „für die ausgezahlten Ausschüttungen“ bestand im Zeitpunkt seiner Beratung nicht. Erst durch eine später erfolgte Änderung des Gesellschaftsvertrages der B.-W.-Grundstücksvermietungsgesellschaft & Co. sind ihre geschäftsführenden Gesellschafter dazu ermächtigt worden, die erfolgten Ausschüttungen von den Anteilseignern wieder zurückzufordern.

Das dem von der Klägerin gewählten Anlagemodell von vornherein innewohnende Risiko, daß die künftigen Verlustzuweisungen an die

Gesellschafter unter dem Vorbehalt der Anerkennung durch die für sie zuständigen Finanzämter standen, ist gering gewesen und hat sich im vorliegenden Fall auch nicht verwirklicht. Die erfolgten Verlustzuweisungen sind anerkannt worden.

Weiterführende Hinweise:

Verjährungsbeginn bei fehlerhafter Beratung über Vermögensanlagen

BGH Urт. v. 21.4.82
– IVa ZR 291/80
GI 14/82 = BGHZ 83,
328 = NJW 1982
1866 = WM 1982, 743
= ZIP 1982, 846

OLG Koblenz
Urт. v. 3.12.86
– 7 O 170/86
GI 1987, 47;
LG Bonn
Urт. v. 16.11.1982
– 8 O 436/82, GI 9/83

Zu den Hinweis- und Warnpflichten des Steuerberaters bei der Beratung über eine Unternehmensbeteiligung

BGH Urт. v. 25.1.84
IVa ZR 81/82, GI 11/84
= WM 1984, 465
= DB 1984, 1138
= BB 1984, 653

Zu den Prüfungspflichten eines von einem Mandanten wegen einer Anlageempfehlung um Rat gefragten Steuerberaters, insbesondere zu der Frage, inwieweit der eine Anlageempfehlung aussprechende Steuerberater das Beteiligungsangebot zuvor in rechtlicher Hinsicht prüfen und den Mandanten auf die Notwendigkeit hinweisen muß, das Beteiligungsangebot in rechtlicher Hinsicht durch einen Rechtsanwalt überprüfen zu lassen.

OLG Düsseldorf
Urт. v. 20.6.85
– 18 U 29/85, GI 34/85
= EWIR § 675
BGB 7/85, 865
(Graf v. Westphalen)

Der Steuerberatungsvertrag ist vom Anlageberatungsvertrag zu unterscheiden.

LG Marburg
Urт. v. 29.1.86
– 2 O 192/85,
GI 1987, 51

Der Steuerberatungsvertrag verpflichtet nicht zur Prüfung der Bonität und Seriosität einer Kapitalanlage und der Initiatoren.

Ein wesentliches Indiz für das Zustandekommen eines Anlageberatungsvertrages ist die Gewährung eines Beratungshonorars.

Es gehört nicht zu den Pflichten des Steuerberaters, den Mandanten von Kapitalanlagen wegen der liquiditätsmäßigen Belastung abzuhalten. Der Mandant weiß, wie hoch er verschuldet ist und welche Liquidität ihm verbleibt.

Steuerberatungsvertrag im Bauherrenmodell

– Prüfung des Steuerkonzepts

(OLG Düsseldorf Urt. v. 4.6.1987 – 18 U 247/86)

Leitsatz (amtlich):

Wird dem Bauherrn im Rahmen eines Bauherrenmodells bei Abschluß des Generalvertrags auferlegt, mit einem namentlich bezeichneten Steuerberater einen Vertrag zu schließen, der die laufende steuerliche Beratung bis zur Fertigstellung des Objekts und die Durchsetzung der steuerlichen Seite der Baumaßnahme vor dem zuständigen Finanzamt zum Gegenstand hat, dann darf der Bauherr davon ausgehen, daß der Steuerberater Konzeption und Realisierung dieses Modells überprüft hat und überprüft.

Zum Sachverhalt:

Die auf Schadenersatz in Anspruch genommene Steuerberatungsgesellschaft hatte mit den Bauherren für eine aus fünf Eigentumswohnungen bestehende Baumaßnahme einen Steuerberatungsvertrag abgeschlossen. In diesem Vertrag ist bestimmt:

„Der Bauherr beauftragt hiermit den Berater für die o.g. Eigentumsmaßnahme, die laufende steuerliche Beratung bis zur Fertigstellung des Objekts zu übernehmen. Die Beratungstätigkeit umfaßt insbesondere die Vertretung vor dem Finanzamt und die Durchsetzung der steuerlichen Seite des Baues der Eigentumswohnung vor dem zuständigen Finanzamt.“

Die Steuerberatungsgesellschaft fertigte für die Kläger die Erklärung zur einheitlichen und gesonderten Feststellung der Einkünfte aus dieser Baumaßnahme für die Jahre 1982 und 1983. Das Betriebsfinanzamt stellte sich jedoch aufgrund einer Betriebsprüfung auf den Standpunkt, daß – mit Ausnahme der Gebühr für Steuerberatung und für die Endfinanzierung – Werbungskosten der einzelnen Bauherren nicht festzustellen seien, weil die an die Treuhänderin gezahlten Gebühren von dieser ununterscheidbar an die weiteren Unternehmen ausgezahlt und verrechnet worden seien.

Aus den Gründen:

Die Beklagte **übernahm die „laufende steuerliche Beratung“** für die im Rahmen einer Bauherrengemeinschaft zu errichtende Eigentumswohnung“ bis zur Fertigstellung des Objekts“. Die Beratungstätigkeit wurde insbesondere als die „Durchsetzung der steuerlichen Seite des Baues der Eigentumswohnung vor dem zuständigen Finanzamt“ konkretisiert. Diese Tätigkeit ließ sie sich mit 1 % der Gesamtkosten der Wohnung zuzüglich Mehrwertsteuer bezahlen. Der Beklagten wurden mit diesem Vertrag keine Aufgaben übertragen, die ihr bis dahin unbekannt waren und in die sie sich hätte einarbeiten müssen.

Schon in dem notariellen Vertragsangebot der Treuhänderin und Konzeptionärin, der in Konkurs gegangenen B-Treuhand, welches die Kläger am 23.9.1982 annahmen, waren die einzelnen Teilverträge, deren Kosten steuerrechtlich abgesetzt werden sollten, aufgeführt, so auch der Abschluß eines Steuerberatungsvertrags. Im Unterschied zu den anderen Verträgen war dieser Vertrag ausschließlich mit der Beklagten (Mitgeschäftsführer Dr. L) abzuschließen. Ebenso war eine Treuhand- und Kontrollvereinbarung ausdrücklich mit Rechtsanwalt L. zu tätigen. L. heißt auch der Geschäftsführer der in Konkurs gegangenen Treuhänderin. Nach dem nicht bestrittenen Vorbringen in der Klageschrift handelt es sich um Brüder.

Das erlaubt die Feststellung, daß die gesamte Durchführung und Abwicklung dieser Baumaßnahme von der „L-Gruppe“ (Terminologie des Finanzamts) einvernehmlich geplant war. Die Beklagte wußte also von Beginn der Baumaßnahme A. II an, daß sie demnächst die steuerliche Beratung der Bauherren übertragen bekam. Es war nur eine Frage der Zeit, wann dieser Vertrag geschlossen würde. Das Datum des Vertragschlusses zwischen den Parteien ist auch nicht von den Klägern gewählt worden, sondern von der Treuhänderin. Denn diese hat aufgrund der ihr erteilten Generalvollmacht für die Kläger den Vertrag mit der Beklagten geschlossen.

Die Beklagte wußte andererseits als sachkundiger Steuerberater, welche steuerlichen Erwartungen die künftigen Vertragspartner mit ihrem Beitritt zu dieser Bauherrengemeinschaft verbanden. Da sie für die Jahre 1982 und 1983 die Erklärungen zur einheitlichen und gesondertern Feststellung der Einkünfte gefertigt hat, beruhen die dort geltend gemachten Abzugsbeträge auf ihrer eigenen Einschätzung der steuerlichen Möglichkeiten, was zugleich beweist, daß sie die steuerlichen Ziele der Erwerber zutreffend erkannt hat.

Die **Beklagte mußte deshalb von Anbeginn an bestrebt sein, durch eine ihr mögliche Einflußnahme auf die Treuhänderin dafür zu sorgen, daß diese Vorstellungen durch eine zweckentsprechende Abwicklung des Bauvorhabens verwirklicht werden konnten.** Nun hat sie sich darum aber gar nicht gekümmert. Sie selbst trägt vor, Einzelheiten und Informationen über die Durchführung des Objekts seitens der Treuhänderin seien ihr und ihrem Geschäftsführer Dr. L. nicht bekannt gewesen.

In diesem Versäumnis liegt der Grund dafür, daß das Finanzamt von den geltend gemachten Werbungskosten:

Treuhandgebühr	12.080,-- DM
technische Baubetreuung	4.026,-- DM
wirtschaftliche Baubetreuung	16.106,-- DM
Vermittlung der Zwischenfinanzierung	6.805,-- DM
Bürgschaft	6.805,-- DM
Vermittlung der Endfinanzierung	7.570,-- DM
Zinsgarantie	8.053,-- DM
Steuerberatung	4.026,-- DM
Treuhand- und Kontrolltätigkeit	4.026,-- DM
Fertigstellungsgarantie	12.080,-- DM
Ausbietungsgarantie	11.395,-- DM
Versicherungsvermittlungsvertrag	4.026,-- DM
insgesamt	96.998,-- DM

allein die Steuerberatungskosten und die Kosten der Endfinanzierung anerkannt und alle übrigen Werbungskosten versagt hat: Die Bauherren haben allein an die Treuhänderin die zu entrichtenden Gebühren bezahlt, diese hat mit den weiteren von ihr eingeschalteten Unternehmen die verschiedenartigsten Kosten (Personalkosten, Sachkosten, Mieten, Werbekosten, Reisekosten, Provisionen u. a.) abgerechnet, so daß nicht mehr festgestellt werden kann, wo welche Gebühr endgültig verblieben ist.

Für die Vermittlung der Zwischenfinanzierung war keine Gebühr zu fordern, weil die Treuhänderin bereits am 19.11.1982 das Zwischenfinanzierungsgeschäft getätigt, den Vermittlungsauftrag mit den Klägern aber erst am 8.12.1982 abgeschlossen hat. Das verstößt gegen die grundlegenden Bestimmungen des Bauherrenmodells, das davon ausgeht, daß das einzelne Mitglied der Baugemeinschaft für sich selbst baut und die ihm entstandenen Kosten gegenüber dem Finanzamt geltend machen will. Die Kläger durften ebenso wie die übrigen Anleger bei Annahme des Vertragsangebots des Treuhänders vom 10.3.1982 davon ausgehen, daß die Beklagte, mit denen sie einen auf laufende steuerliche

Beratung zur Durchführung der steuerlichen Seite der Baumaßnahme gerichteten Vertrag abzuschließen hatten, unter diesem Gesichtspunkt die Abwicklung der Baumaßnahme überprüft hatte.

Die Verantwortlichkeit der Beklagten setzt nicht erst mit dem formellen Vertragsschluß – dessen Zeitpunkt dem Belieben der Treuhänderin überlassen war – ein. **Sie war von Anfang an in dieses Bauvorhaben eingeschaltet und kann als Mitinitiatorin des Modells angesehen werden.** Sie hat auch nach Abschluß des Vertrags vom 6.12.1982 keinerlei Fürsorge- und Beratungsdienste gegenüber den Klägern geleistet, sondern die Dinge laufen lassen und sich darauf beschränkt, nach Abwicklung der Maßnahme die Erklärungen zur gesonderten und einheitlichen Feststellung der Einkünfte zu erstellen.

Da ein großer Teil der abzuschließenden Sonderverträge nach dem 6.12.1982 liegt (Zinsgarantievertrag; Bürgschaft; Vermittlungsvertrag zur wirtschaftlichen Baubetreuung; jeweils abgeschlossen am 8.12.1982), hätte die Beklagte sogar nach erfolgtem Vertragsschluß für die Klägerin noch erfolgreich tätig werden und insbesondere sicherstellen können, daß die Zahlungen der Kläger aufgrund dieser Verträge nicht unkontrollierbar mit anderen Verrechnungszahlungen vermischt wurden.

Diese Ausführungen gelten auch gegenüber dem neuen Vorbringen der Beklagten in der Berufungserwiderung, sie sei „völlig überraschend“ an die Mandatierung gekommen, da die Initiatoren beschlossen hatten, sie gerade nicht in das Bauherrenmodell 1982 einzuschalten. Ganz abgesehen davon, daß nicht ersichtlich ist, **wann** diese Änderung beschlossen wurde und wann die Beklagte von ihrer Mandatierung erfahren habe, räumt dieses Vorbringen die dargelegte Verantwortlichkeit der Beklagten nicht aus:

Durch die Übernahme des Mandats, wie im Angebot vom 10.3.1982 vorgesehen, vermittelte sie dem Bewerber den Eindruck, daß sie von Anfang an die Abwicklung dieses Bauvorhabens steuerlich kontrolliere. Wenn sie diese Verantwortung nicht übernehmen wollte, hätte sie einen Vertrag abschließen müssen, der ihre eingeschränkte Verantwortung eindeutig herausstellte.

GI-Hinweise

Eine lesenswerte Informationsschrift:

Das Buch von Prof. Dr. Ellen Schlüchter, Steuerberatung im strafrechtlichen Risiko? (1986, 92 Seiten, Bd. 3 der Wistra-Schriftenreihe, Dr. Peter Deubner Verlag, DM 48,—), gibt einen informativen Überblick über strafrechtliche Risiken des Steuerberaters. Dabei beschränkt sich Frau Schlüchter nicht auf die Tatbestände der Steuerhinterziehung und der leichtfertigen Steuerverkürzung. Darüber hinaus wird anhand von Beispielsfällen die Möglichkeit der Untreue, des Betruges in der Form des Kapitalanlage-, Kredit- und Subventionsbetruges erörtert. Kurze Hinweise finden sich auch auf strafrechtliche Risiken aus den Konkursstatbeständen.

Eine Pflichtlektüre für den streitbewußten Steuerberater

Streck, Der Steuerstreit, (Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1986, 294 Seiten, 95,— DM)

Streck hat in diesem Beratungsbuch sein in vielen Jahren erworbenes Know-How als Steueranwalt niedergelegt. Er kennt sowohl die Denkstruktur der Finanzbeamten und Finanzrichter als auch die Probleme der Steuerberater bei der Nutzung der Abgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung. In seinem Beratungsbuch zeigt sich erneut die bei Streck anzutreffende seltene Gabe, „trockene“ juristische Themen verständlich zu behandeln. Er gibt Empfehlungen für den Einspruch, die Beschwerde, die Klage, die Revision und das Vollstreckungsverfahren. Dieses Buch hilft auch Haftpflichtansprüche wegen nicht hinreichender Durchsetzung von Ansprüchen des Mandanten bzw. unzulängliche Abwehr von Ansprüchen der Finanzverwaltung zu vermeiden.

Weitere empfehlenswerte Beratungsbücher von Streck:

Die Steuerfahndung, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1986, 270 Seiten, 95,— DM

Die Außenprüfung, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1986, 200 Seiten, 95,— DM

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–12, 1987)

Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp.			
– § 9 IV	87, 70		
Allgemeine Geschäftsbedingungen			
– Haftungshöchstsumme	87, 34		
Anlageberatung			
– Bonitätsprüfung	87, 51		
– Liquiditätsbelastung	87, 51, 119		
– und Steuerberatungsvertrag	87, 51, 121		
– Provisionsgeschäfte s. dort	87, 51, 121		
– unentgeltliche –	87, 52		
– und unternehmerisches Risiko	87, 195		
– Verjährungsbeginn			
von Schadenersatzansprüchen	87, 195		
Antrag			
– Investitionszulage	87, 20		
= zuständiges Finanzamt			
Anwaltsvertrag			
– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 35		
– mit Sozietät	87, 145		
Arglistenwand			
– gegenüber Verjährungseinrede,			
§ 68 StBerG	87, 158		
Auskunft des FA	87, 129		
Bauherrenmodell			
– prospektierter Gesamtaufwand	87, 73		
– objektbezogener Steuerberater	87, 199		
= Prüfung d. Steuerkonzeption und			
Realisierung d. Modells			
– Treuhänder	87, 69		
– Vertragsentwürfe d. StB	87, 141		
Bekanntgabe d. St-Bescheides			
– an Mandanten statt an Bevollmächtigten	87, 154		
	(LS)		
Belehrungspflicht			
– bei konkretem Anlaß	87, 176		
– Art der Belehrung	87, 66		
	(LS)		
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	87, 119		
= wg. Rundschreiben	87, 180		
– Ende der –	87, 50		
= und Mandatsende			
– über eigene Fehler	87, 49		
= schuldhaftige Verletzung der –			
– gegenüber GmbH-Geschäftsführer	87, 174		
= wg. Gefahren der vGA	87, 174		
= wg. Abschluß u. Durchführung			
v. Verträgen	87, 175		
– über Gebühren, Kosten, Prozeßkostenhilfe	87, 134		
– über Prozeßrisiken	87, 194		
	(LS)		
– über steuerliche Risiken	87, 120, 135		
Beratung			
– prognostische	87, 122		
Berichtigung gem. § 173 AO			
– Mitarbeiterverschulden	87, 44		
	(LS)		
– neue Tatsache	87, 44		
	(LS)		
Betriebsprüfung			
– Bindung an Erklärung i. Schlußbesprechung	87, 156		
Beweislast			
– für Fehlberatung	87, 66, 80		
	(LS)		
– für Kausalität zwischen Pflichtverletzung	87, 194		
und Schaden	(LS)		
Buchführungsauftrag			
– Buchung ohne Beleg	87, 4		
– Unterschlagungsentdeckung	87, 4		
– Verschleierung v. Besteuerungsgrundlagen	87, 155		
Darlegungslast für Regreßanspruch			
– Anlageberatungsvertrag	87, 45		
– Buchungsfehler	87, 102		
– Kalkulationsschaden, USt	87, 164		
– Schätzungsschaden	87, 161		
– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73		
Dienstvertrag			
– Anwaltsvertrag	87, 36		
Dritthaltung			
– Haftungsbeschränkung in AGB	87, 34		
– sittenwidrige, vorsätzliche	87, 27		
Schädigung, § 826 BGB			
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 27		
= Kreditgeberschutz	87, 27		
= Zwischenabschluß	87, 27		
Fahrtkosten			
– zwischen Kanzlei und Wohnung	87, 134		
mit Arbeitszimmer	(LS)		
Fristenkontrolle			
– unverschuldetes Säumnis/	87, 20		
Brief an unzuständiges FA			
Geldstrafe/-buße			
– Schaden	87, 24, 125		
Haftungsbeschränkung in AGB			
– Haftungshöchstsumme	87, 34		
– vorvertragliche Pflichtverletzung	87, 141		
Herausgabeanspruch			
– gespeicherter Buchhaltungsdaten	87, 116		
Honoraranspruch d. RA			
– vorzeitige Beendigung des Mandats,	87, 35		
§ 13 BRAGO			
– Herabsetzung des –, § 3	87, 34		
Abs. III BRAGO			
– Pauschalhonorar	87, 34		
– Verrechnung mit Anderkontengelder	87, 94		
	(LS)		
Honoraranspruch d. StB			
– bei nichtigem Beratungsvertrag	87, 141		
– Buchführungsmandat	87, 9, 112		
– vorzeitiges Mandatsende, § 14 StBGebV	87, 165		
– Verjährung	87, 9		
Honorarforderung d. StB			
– Fälligkeit	87, 112		
– Ausschluß der Aufrechnung	87, 112		
Konkursverwalter, Haftung des –			
– Betriebsfortführung	87, 26		
	(LS)		
Kostenerstattung i. Regreßprozeß			
– USt auf Reisekosten des RA	87, 116		
– Privatgutachten z. Prozeßvorbereitung	87, 157		

205

Treuhänder		Versicherungsschutz	
– Auskunftspflicht des –	87, 94 (LS)	– Ausgleichsanspruch d. Versicherers gg. Dritte	87, 154 (LS)
– Belehrung über steuerliche Risiken	87, 135	– Klagefrist § 12 Abs. III VVG	87, 26 (LS)
– Einsichtsrecht des Treugebers	87, 94 (LS)		
– prospektierter Gesamtaufwand	87, 73, 92	Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– Kenntnis der wirtschaftl. und rechtl. Grundlagen	87, 89	– zugunsten des Kreditgebers	87, 27
– Verjährung des Regreßanspruchs	87, 67, 81	– Prospektprüfungsvertrag zugunsten des Bauherrn?	87, 54
– Verschulden des	87, 136	Vertragsgestaltung	
– Verwaltung des Gesellschaftsanteils	87, 89	– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
– Zustimmung zur Umplanung	87, 89	– durch Steuerberater	87, 141
Unerlaubte Handlung		Vorsatz	
– sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27	– sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27
Unterschlagung		Vorvertraglicher Regreßanspruch	
– Buchführungsmandat	87, 4	– gegen Treuhandkommanditisten	87, 135
– Mitverschulden d. Mandanten	87, 6	– Verjährung des –	87, 83
Verdeckte Gewinnausschüttung	87, 134	Werbeverbot	
Verjährung		– Praxiseröffnungsanzeige i. Anzeigenblatt	87, 154 (LS)
– des Honoraranspruchs	87, 9	Werkvertrag	
Verjährung (§ 51a WPO)		– Konkursbuchhaltung	87, 98
– Mehrfachberufler	87, 67, 182	– Zustandekommen des –	
– vorvertraglicher Regreßanspruch	87, 81	Wiedereinsetzung	
– Treuhand	87, 67, 81	– wg. Abweichens von StE ohne Hinweis	87, 154 (LS)
Verjährung (§ 68 StBerG)		– Büroversehen des StB/RA	87, 194 (LS)
– Schadenentstehung	87, 47, 83	– Postausgangskontrolle	87, 20 (LS)
= keine Einspruchsbegründung	87, 158	– Fristenkontrolle	
= Kapitalanlage	87, 158, 195	= falsches FA	
= Rechtskraft d. St.-Bescheides/FG-Urteils	87, 158	= Kompensationsverschulden d. Gerichts/FA	87, 20
= Steuererklärung nach Fristablauf	87, 158	– Weiterleitung an zuständiges FA/Gericht	87, 20
= unterlassene Vollmachtsvorlage	87, 158		
– Sekundäranspruch	87, 49, 158	Wirtschaftsprüfer	
= Belehrungspflicht		– Berufstätigkeit, § 2 I WPO	87, 67, 81
= Verschulden	87, 49, 182	– Treuhand	87, 67, 81
– Treuhand	87, 67	Zurückbehaltungsrecht	
– Zinsschaden	87, 182	– an gespeicherten Buchhaltungsdaten	87, 116 (LS)
Verschulden			
– Belehrung über Fehler	87, 49		
– des Treuhänders	87, 136		

BGH v. 28.1.1986 – I StR 611/85	87, 2	BGH v. 26.11.1986 – IVa ZR 86/85	87, 27
= wistra 86, 142		= WM 1987, 257	
= Anm. Würthwein wistra 86, 258		= ZIP 1987, 376	
BGH v. 2.7.1986 – 3 StR 87/86	87, 2	= DB 1987, 828	
= wistra 86, 257		= BB 1987, 371	
BGH v. 1.10.1986 – IVa ZR 108/86	87, 26 (LS)	= EWiR § 826 BGB 2/87 591 (Gräfel)	
= VersR 1987, 39		= WuB IVa § 328 BGB 1.87 (Joheke)	
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 138/84	87, 13	BGH v. 4.12.1986 – IX ZR 47/86	87, 26 (LS)
= WM 1987, 85		= ZIP 1987, 115	
= EBE 1987, 36		BGH v. 5.2.1987 – IX ZR 65/86	87, 66 (LS)
= JZ 1987, 466 m. Anm. Ahrens		= 1987, 590	
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 16/85	87, 18	BGH v. 25.2.1987 – IVa ZR 162/85	87, 173
= WM 1987, 83 = EBE 1987, 40		= VersR 1987, 688	
= EWiR § 4 Nr. 5 StBerG 1/87, 189 (Michalski)		= StB 1987, 242	
= JZ 1987, 466 m. Anm. Ahrens		BGH v. 4.3.1987 – IVa ZR 222/85	87, 119
BGH v. 16.10.1986 – III ZR 67/85	87, 35	BGH v. 11.3.1987 – IVa ZR 290/85	87, 81
= WM 1987, 265		BGH v. 25.3.1987 – IVa ZR 250/85	87, 182
BGH v. 6.11.1986 – IX ZR 125/85	87, 7	= WM 1987, 928	
		= VersR 1987, 718	

BGH v. 25.3.1987 – IVb ZB 39/87 = VersR 1987, 888	87, 194 (LS)	LG Kleve v. 20.2.1987 – I O 340/86	87, 73
BGH v. 1.4.1987 – IVa ZR 211/85 = WM 1987, 725 = VersR 1987, 1036	87, 84	LG Koblenz v. 4.3.1986 – 4 T 22/86 (rkr.) = WM 1986, 1038 = WuB VIII A § 15 BNotO 1.86, Reithmann	87, 94
BGH v. 2.4.1987 – IX ZR 68/86 = WM 1987, 725 = ZIP 1987, 1058	87, 80 (LS)	LG Köln v. 8.5.1987 – 17 O 447/86	87, 158
BGH v. 20.5.1987 – IVa ZR 36/86 = ZIP 1987, 1054	87, 117	LG Marburg v. 29.1.1986 – 2 O 192/85	87, 51
OLG Bamberg v. 17.11.1986 – 6 U 38/86	87, 194 (LS)	LG Mosbach v. 14.2.1986 – KfH O 119/85 = RBeistand 1986, 127	87, 12 (LS)
OLG Celle v. 8.4.1987 – 3 U 119/86 = StB 1987, 241	87, 165	LG Münster v. 15.7.1987 – 2 O 266/87	87, 161
OLG Düsseldorf v. 14.3.1985 – 18 U 45/86	87, 98	LG Osnabrück v. 16.2.1987 – 4 O 316/86	87, 164
OLG Düsseldorf v. 11.4.1985 – 18 U 190/84	87, 98 (LS)	LG Saarbrücken v. 30.10.1986 – 3 O 417/85	87, 54
OLG Düsseldorf v. 15.5.1986 – 2 U 80/85	87, 128	AG Neuss v. 24.11.1986 – 37 C 530/86 = AnwBl. 87, 284	87, 134 (LS)
OLG Düsseldorf v. 4.6.1986 – 18 U 247/86	87, 199	AG Sinzig v. 30.12.1986 – 7 C 463/86 (rkr.)	87, 108
OLG Düsseldorf v. 24.6.1986 – Ss 125/86 = wistra 86, 273	87, 2	LAG Hamm v. 13.5.1986 – 11 Sa 2354/85 = RBeistand 1986, 166 m. Anm.	87, 12 (LS)
OLG Düsseldorf v. 3.7.1986 – 18 U 45/86	87, 102	EG Düsseldorf v. 5.12.1985 – 4 EV 117/83 und 4 EV 32/85 = RBeistand 1986, 131	87, 12 (LS)
OLG Düsseldorf v. 27.11.1986 – 8 U 237/85 = AnwBl. 87, 283	87, 134 (LS)	BFH v. 9.10.1986 – IV R 135/84 = BStBl. 1987 II, 124	87, 66 (LS)
OLG Düsseldorf v. 22.1.1987 – 18 U 146/86	87, 125	BFH v. 5.2.1987 – IV R 121/83 = BFH/NV 1987, 571	87, 172 (LS)
OLG Düsseldorf v. 4.6.1987 – 18 U 8/87 (rkr.)	87, 99	BFH v. 24.3.1987 – I B 117/86 = LEXinform 0074883	87, 134 (LS)
OLG Hamburg v. 29.10.1986 – 5 U 35/86 = DB 1987, 575	87, 154 (LS)	BFH v. 21.5.1987 – IV R 80/87 = LEXinform 0079720 = STEUERTELEX 3810	87, 172 (LS)
OLG Hamburg v. 10.12.1986 – V U 50/86 = EWir § 68 StBerG 1/87 (Graf v. Westphalen)	87, 68	FG Baden-Württemberg v. 17.11.1986 – VI K 457/83 = EFG 1987, 155	87, 154 (LS)
OLG Hamm v. 22.7.1986 – 4 U 180/86 = DSrR 1987, 242	87, 154 (LS)	FG Düsseldorf v. 21.5.1986 – XI 388/79 F = NJW 1987, 344	87, 66 (LS)
OLG Hamm v. 2.10.1986 – 28 U 25/86 = AnwBl. 1987, 331	87, 194 (LS)	FG Hamburg v. 17.10.1986 – II 198/86 = EFG 1987, 157	87, 154 (LS)
OLG Koblenz v. 25.10.1985 – 8 U 1340/84	87, 3	FG Köln v. 25.6.1986 – VI 439/82 F	87, 134 (LS)
OLG Koblenz v. 20.6.1986 – 2 U 534/85	87, 141	FG Köln v. 10.12.1986 – X 317/83 F	87, 66 (LS)
OLG Koblenz v. 3.12.1986 – 7 U 673/86	87, 45	Nds. FG v. 16.4.1986 – IX 312/81 – = StB 1987, 18	87, 44 (LS)
OLG Köln v. 14.5.1986 – 6 U 189/85	87, 9	FG Rheinland-Pfalz v. 18.8.1986 – 2 K 131/85	87, 80 (LS)
OLG München v. 17.4.1986 – 1 U 6053/85	87, 94 (LS)	BdF Schr. v. 24.6.1987 = Finanznachrichten v. 26.6.1987 = DSrR 1987, 437	87, 129
OLG München v. 23.4.1986 – 15 U 1566/83	87, 135	OFD Frankfurt Vfg. v. 21.10.1986 – S 2134 A – 10 – St II 20 = Wpg 1987, 47	87, 41
OLG Schleswig v. 4.6.1987 – 2 U 49/86	87, 155	OFD Münster Vfg. v. 12.8.1987 S 2172-152-St 16-31 = LEXinform 0080666 = STEUERTELEX 3840	87, 172 (LS)
OLG Stuttgart v. 3.2.1987 – 10 U 29/86	87, 195	OFD Nürnberg v. 1.6.1987 – S 0223 – 6/St 24	87, 167
LG Augsburg v. 3.12.1986 – 2 O 601/84	87, 89	BDiG v. 29.1.1987 – IV VL 37/85 = Mdr 1987, 467	87, 116 (LS)
LG Braunschweig v. 11.1.1987 – 5 = 432/84 = StB 1987, 15	87, 116 (LS)		
LG Düsseldorf v. 16.5.1986 – 22 S 564/85 = RBeistand 1986, 129	87, 12 (LS)		
LG Düsseldorf v. 21.5.1986 – 12 O 584/85 = STEUER-TELEX 338/87	87, 116 (LS)		
LG Düsseldorf v. 19.6.1986 – 14 O 11/86	87, 24		
LG Flensburg v. 11.12.1986 – 1 S 69/86 = RBeistand 1987, 50	87, 134 (LS)		
LG Itzehoe v. 4.12.1986 – 7 O 207/86	87, 145		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.